



Verband Hochschule und Wissenschaft,
Landesverband Hessen

Wahlprüfsteine des vhw Hessen

an die Fraktionen im Hessischen Landtag zur
Landtagswahl in Hessen am 08. Oktober 2023

Inhalt

- Brief des vhw an die Fraktionen mit den Wahlprüfsteinen
- Zusammenfassung der Antworten auf die Wahlprüfsteine
- Antworten der Fraktionen (ausführlich)

Datum: 27.02.2023

Vorsitzender:

Prof. Dr. Ing. Jürgen Adamy

TU Darmstadt

Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik

Landgraf-Georg Straße 4

64283 Darmstadt

Telefon: (06151) 16-25050

E-Mail: adamy@vhw-hessen.de

Stellv. Vorsitzende:

Prof. Dr. Elke Platz-Waury

Bundesvorsitzende a.D. Gartenstr. 6

69493 Hirschberg

Telefon: (06201) 51133

E-Mail: elke.platz-waury@vhw-hessen.de

Prof. Dr. Dominique Moisl

Hochschule Fulda Fachbereich Sozialwesen

Leipziger Str. 123

36037 Fulda

Telefon: (0661) 9640-2060

Schatzmeister:

Prof. Dr. Jan Giesselmann

TU Darmstadt Fachbereich Mathematik

Dolivostraße 15

64293 Darmstadt

Telefon: (06151) 16-23167

E-Mail: jan.giesselmann@vhw-hessen.de

Kontakt:

Prof. Dr. Elke Platz-Waury

Telefon: (06201) 51133

E-Mail: elke.platz-waury@vhw-hessen.de

Landtagsfraktion der [Partei] in Hessen
z.Hd.

Schloßplatz 1-3

65183 Wiesbaden

PER EMAIL:

Fragen im Vorfeld der Landtagswahl 2023

Sehr geehrte/r Frau/Herr,

der *vhw Hessen (Verband Hochschule und Wissenschaft, Landesverband Hessen)* ist als Mitglied des *dbb Beamtenbunds und Tarifunion* die Interessenvertretung aller in Hochschulen und Wissenschaft Beschäftigten in Hessen. Der *vhw Hessen* ist parteiunabhängig. Vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahl am 08. Oktober 2023 möchten wir unseren Mitgliedern, ihren Familien und allen interessierten Wählerinnen und Wählern einen Überblick über die verschiedenen Positionen der im hessischen Landtag vertretenen Parteien zu drängenden Fragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik geben. Wir bitten Sie daher, uns die Positionen Ihrer Partei zu nachstehenden Fragen schriftlich mitzuteilen. Ihre Antworten stellen eine wertvolle Unterstützung für eine sachlich informierte Stimmenvergabe der Wählerinnen und Wähler dar.

1. Besoldung: Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamt/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen.

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

1b.) Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Des Weiteren möchten wir Sie um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

2. Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

3. Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

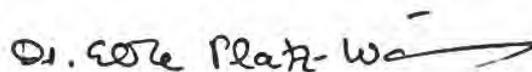
4. Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

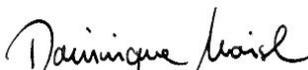
5. Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Wir bedanken uns bereits an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre Bemühungen!

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Jürgen Adamy in black ink, with the text 'Landesvorsitzender' printed below it.

Handwritten signature of Dr. Cora Platz-Waack in black ink, with the text 'stellv. Vorsitzende' printed below it.

Handwritten signature of Dominique Haas in black ink, with the text 'stellv. Vorsitzender' printed below it.

Handwritten signature of Jan Giesel in blue ink, with the text 'Schatzmeister' printed below it.

Zusammenfassung der Antworten

Frage 1 - Besoldung: Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamt/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen.

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

1b.) Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

CDU:

Die CDU reklamiert für sich, dass Hessen unter ihrer Führung als erstes Land auf die Rechtsprechung des BVerfG reagiert und eine schrittweise Verbesserung der Besoldung mit dem Ziel einer verfassungskonformen Besoldung eingeleitet hat. Die verfassungsrechtlich gebotenen Verbesserungen könnten aufgrund des hohen Finanzbedarfs in generationsgerechter Weise aber nur schrittweise geschultert werden. Die Besoldungsreparatur soll in der nächsten Legislaturperiode vollständig abgeschlossen werden.

1b.) Die CDU hofft auf eine Klarstellung des BVerfG, wie prospektiv und retrospektiv das Besoldungsdefizit zu beheben ist. Die CDU verspricht, dass eine CDU-geführte Landesregierung auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen verzichtet wird.

DIE GRÜNEN

DIE GRÜNEN streben weiterhin eine schrittweise Anhebung der Besoldung an, wobei das besondere Augenmerk auf der Einhaltung des Mindestabstandsgebotes in den unteren Besoldungsgruppen liegt. Es soll eine neue Besoldungssystematik entwickelt werden, die sich nicht mehr an der vierköpfigen Alleinverdienerfamilie orientiert.

Eine Einigung in der Regierungskoalition über die Besoldung und eventuelle Nachzahlungen könne möglicherweise erst nach dem Entscheid des BVerfG erzielt werden.

SPD

Die SPD ist der Auffassung, dass die verfassungswidrige Besoldung durch die aktuellen Regelungen nicht beendet wird und betont, dass die Regierungsfractionen CDU und Die Grünen das Problem der verfassungswidrigen Alimentierung selbst herbeigeführt haben. Die SPD sichert zu, keine Politik zu betreiben, in der finanzielle Notlagen des Landes auf dem Rücken der Landesbediensteten ausgetragen werden.

AfD

Die AfD sieht die aktuelle schrittweise Erhöhung der Besoldung als nicht ausreichend und nicht nachvollziehbar an. Insbesondere muss die unterste Besoldungsgruppe mind. 15% über der Grundsicherung liegen. Die AfD fordert, dass seitens des Landes Hessen rückwirkend und schnellstmöglichst ein Ausgleich geleistet wird.

FDP

Die FDP sieht es als notwendig an, dass eine verfassungsgemäße Besoldung unverzüglich hergestellt wird. Dabei sei insbesondere das Mindestabstandsgebot einzuhalten. Generell müssten die Tarifstrukturen im öffentlichen Dienst nach einer Aufgabenkritik überprüft werden und mehr leistungsbezogene Besoldungselemente umgesetzt werden, damit der öffentliche Dienst als Arbeitgeber attraktiv bleibt.

DIE LINKE

DIE LINKE sieht die verfassungswidrige Besoldungslage als nicht hinnehmbar an und verweist darauf, dass sie bereits nach der seinerzeitigen Urteilsverkündung eine verfassungskonforme Nachzahlung ab 2013 gefordert hat. Die Besoldung müsse sich an den Kriterien des BVerfG orientieren und sicherstellen, dass auch die unteren Gruppen ausreichend profitieren und nicht nur oben große Summen auflaufen.

Frage 2 - Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

CDU

Die CDU sieht sich als einzige Garantin für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen bei gleichzeitiger Entbürokratisierung der Hochschulverwaltung und der Wahrung der Autonomie der Hochschulen. Das Land ist dabei Partner der Hochschulen bei der Digitalisierung. Digitalisierung ist eine Daueraufgabe, die eine eigene Abbildung in der Grundfinanzierung benötigt. Ferner werden verschiedene Programme zur Digitalisierung weitergeführt und gemeinsame digitale Lösungen der hessischen Hochschulen vorangetrieben, z.B. ein hessisches Hochschulportal, eine gemeinsame Online-Bibliothek, eine einheitliche Studi-App.

DIE GRÜNEN

DIE GRÜNEN möchten den Schub weiterführen, den die Digitalisierung der Hochschulen durch die Corona-Pandemie bekommen hat. Digitale Lehre eröffnet Chancen für eine zunehmend heterogene Studierendenschaft. Das Land soll die didaktische und methodische Weiterentwicklung von New Learning und New Teaching unterstützen. Digitalisierung ist eine Daueraufgabe der Hochschulen, für die Hochschulen finanzielle Planungssicherheit benötigen. Ferner soll der Hessenhub zur Förderung der didaktischen Weiterentwicklung und gemeinsamer digitaler Angebote ausgebaut und als Standard etabliert werden.

SPD

Die SPD möchte die Mittel des Digitalpaktes aufstocken und digitale Angebote durch verbindliche Standards weiterentwickeln. Das Augenmerk soll auf der Vermittlung von digitaler Kompetenz in den Berufsfeldern liegen. Hierzu sollen innovative Ansätze entwickelt und erprobt werden und ein neues „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ eingerichtet werden.

AfD

Die AfD möchte die Professoren und Dozenten durch eine digitalere Verwaltung und spezialisierte Hochschulkräfte von nicht-wissenschaftlichen Tätigkeiten entlasten. Hierzu benötigt es zunächst eine Bestandsaufnahme, um Bedarfe festzustellen. Deren Erhebung soll sich aber nicht über Jahre hinziehen, sondern es soll schnellstmöglich mit der Umsetzung begonnen werden.

FDP

Die FDP möchte, dass die Hochschulen bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode in Bezug auf digitale Lehr- und Lernformate, bessere digitale Ausstattung und digitale Verwaltung gut aufgestellt sind. Hierzu wird die FDP eine Taskforce zur Unterstützung der Hochschulen einrichten.

DIE LINKE

DIE LINKE sieht die digitale Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben als unstrittig wichtiges Vorhaben. Wichtig ist, dass niemand aufgrund mangelnden Zugangs oder Wissens durch digitalisierte Prozesse ausgeschlossen wird. Durch Beteiligung soll die Software nutzerfreundlich werden und die Datenverarbeitung soll nicht an private Drittanbieter ausgegliedert werden.

Sowohl Lehrende als auch Studierende müssen freien Zugang zu digitalen Endgeräten erhalten, wenn diese im Studium genutzt werden.

Frage 3 - Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

CDU

Die CDU bekennt sich umfassend zur verfassungsmäßig verankerten Freiheit von Forschung und Lehre und sieht diese als Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt. Zentrale Aspekte zur Gewährleistung der Freiheit der Forschung sind eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung, die Entbürokratisierung der Hochschulverwaltung und die Wahrung der Autonomie der Hochschulen.

DIE GRÜNEN

DIE GRÜNEN sehen die Meinungsfreiheit und die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre als Schutz vor Willkür und Fremdherrschaft sowie als Triebkraft für Innovationen. Die Schranke für die Meinungsfreiheit liegt dort, wo die Würde und die Freiheit anderer Menschen verletzt wird. Versuche aus dem politischen Raum, Einfluss auf Inhalt, Ziel und Ausgang wissenschaftlicher Forschung zu nehmen, werden abgelehnt. Wissenschaftler*innen müssen auch zu gesellschaftlich kontroversen Themen forschen können. Aktuelle Beispiele sind Gender- und Klimaforschung oder die Corona-Pandemie. Dennoch sollten Hochschulen sich transparente Regeln für die Einladung von Gästen geben. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass es nicht auch Argumente geben kann, bestimmte Gäste nicht zu Hochschulveranstaltungen einzuladen. Hochschulen sind Orte von Kritik und Widerspruch. Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit bedeutet auch ausdrücklich nicht Diskurs- oder Widerspruchsfreiheit.

SPD

Hochschulfreiheit und Wissenschaftsfreiheit sind in Hessen und Deutschland gewährleistet. Maßregelungen stehen für die SPD nicht zur Debatte, zur Wissenschaftsfreiheit gehört jedoch auch, sich Kritik zu stellen. Es stellt sich die Frage, wie sich eine von gegenseitigem Respekt getragene Auseinandersetzung um das beste Argument gewährleisten lässt. Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit können zum Schutz anderer Grundrechte und Verfassungsgüter gerechtfertigt sein, z.B. beim Tierschutz. Das wissenschaftliche Denken in der Gesellschaft soll gestärkt werden und Verschwörungsmythen soll der Boden entzogen werden. Mit Citizen Science Projekten und niedrigschwelligen Angeboten zur Wissensvermittlung soll gegen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen gearbeitet werden.

AfD

Die AfD sieht die Wissenschaftsfreiheit in Hessen und in Deutschland bedroht, da die derzeitige linksgrüne Bildungspolitik primär auf Nützlichkeit und politisch (ideologisierte) Vorgaben abhebt. Hochschulen müssen von wissenschaftsfeindlichen Ideologien wie Gender-Mainstreaming oder Cancel Culture wieder frei werden. Derartige Studiengänge liefern auch keinen Beitrag für die Volkswirtschaft. Vorgaben zur gendergerechten Sprache, die bei Nicht-Einhaltung zu Punkteabzug für Studierende führen, werden als Widerspruch zur Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre und der Eigenverantwortung der Studenten gesehen. Mit einer ideologisierten Wissenschaft wird nur Mittelmäßigkeit herangezüchtet, statt auf das Leistungsprinzip zu setzen. Hochschulen sollten dagegen wieder ein Ort der freien Entfaltung von Wissenschaft, Lehre und Forschung sein.

FDP

Hochschulen sind Orte der Freiheit. Das Recht der freien Meinungsäußerung schließt auch Proteste gegen die Einstellung von Mitgliedern der Hochschule ein, darf jedoch nicht darin enden, unliebsame Einstellungen zu unterdrücken. Um für Gefahren der Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit zu sensibilisieren soll ein Wissenschaftsfreiheitszentrum eingerichtet werden. Dieses soll Empfänger anonymer Meldungen als auch Schlichtungsstelle für freiheitsfeindlicher Vorgänge soll.

DIE LINKE

DIE LINKE misst der Freiheit von Lehre und Forschung höchste Priorität zu. Diese darf sich aber nur im legalen und humanen Rahmen bewegen. Rassistische und diskriminierende Meinungsäußerungen seien nicht duldbar und dürfen nicht lediglich als „missfallende Position“ dargestellt werden. Mit Mut und Zukunftsvisionen werden neue Forschungserkenntnisse und Forschungszweige entstehen. Analog lebt auch die Politik von der Vertretung verschiedener politischer Positionen, was zurecht innerhalb eines demokratischen Verständnisses geschieht, zumindest bei demokratischen Parteien.

Frage 4: Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

CDU

Hessen soll Spitzenland in Forschung, Forschungsinfrastruktur, Lehre und Transfer bleiben. Hierfür wird weiterhin die exzellente universitäre Forschung sowie der Wissenstransfer in die Gesellschaft gestärkt. Für Forschung an Universitäten und Hochschulen wird der notwendige politische Rückhalt gegeben, künftig soll die besondere Bedeutung der Universitäten stärker berücksichtigt werden.

Neben der Finanzierung der Digitalisierung werden weitere Maßnahmen durchgeführt, z.B. ein Stärke-Pakt zwischen den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft, die Steigerung der Attraktivität für Spitzenpersonal, der Ausbau der LOEWE-Programme, Exzellenzcluster in öffentlich-privater Partnerschaft, eine stärkere Nutzung von EU-Mitteln und die Abschaffung der Gebühren für Genehmigungsanträge im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben.

DIE GRÜNEN

Hessen ist forschungsstark. Exzellente Forschung findet für DIE GRÜNEN nicht nur in wenigen vermeintlichen Eliteuniversitäten statt, sondern an vielen Hochschulen und Instituten des Landes. In der Vergangenheit wurde die anwendungsorientierte Forschung an HAWs bereits deutlich gestärkt, finanziell bis hin zum eigenen Promotionsrecht. Die Forschungsförderung soll konsequent weitergeführt werden, auch die Förderung von Spitzenforschung, wie im LOEWE-Programm.

Darüber hinaus soll die EU-Mittelinwerbung und die Internationalisierung der Hochschulen gestärkt werden, z.B. durch den Anschubfonds HessenHorizon und durch eine Öffnung für internationale Gastwissenschaftler*innen und internationale Studierende.

SPD

Die SPD will Lehre und Forschung in der gesamten Breite fördern und eine „third mission“ der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft unterstützen. Gestärkt werden sollen Schnittstellen zwischen Forschung, praktischer Anwendung, forschenden Unternehmen und innovativen Start-ups. Unterstützt werden sollen Bewerbungen bei der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) und es soll ein hessisches Pendant dazu eingerichtet werden. Eine Beratungsinfrastruktur für EU-Mittel soll etabliert werden. Es soll ein Forschungsprogramm

„Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ aufgelegt und eine Zielvereinbarung „Klimaneutrale Hochschule bis 2030“ abgeschlossen werden.

AfD

Internationale Hochschul-Ranglisten zeigen, dass hessische Hochschulen weltweit ein Mauerblümchen-Dasein fristen, auch gehört keine hessische Universität zu den Exzellenz-Universitäten in Deutschland. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass MINT und Medizin stärker gefördert wird, damit diese Fachbereiche wieder zu alter Stärke zurückfinden. Um international Anschluss zu gewinnen, muss mehr Geld in Bildung investiert werden. In Hessen belaufen sich die Ausgaben für Lehre und Forschung auf 7.400 Euro je Student und liegen damit unter dem Bundesdurchschnitt von 7.800 Euro (Rang elf). Selbst das hessische LOEWE-Programm konnte nur wenige exzellente Wissenschaftler an die hessischen Universitäten locken, da es unterfinanziert ist.

FDP

Für die Forschung in Hessen fehlen in vielen hochspezialisierten Bereichen Fachkräfte, um Forschungsprojekte durchzuführen. Die FDP verspricht sich daher viel von einer modernen Einwanderungspolitik und möchte Hessen attraktiv für Fachkräfte machen. Dazu soll die Verwaltungsdigitalisierung beschleunigt, die Voraussetzungen für die Schaffung privaten Wohnraums verbessert und Englisch als zweite Verwaltungssprache implementiert werden. Hochschulen sollen mit einer verlässlichen Grundförderung und einer stärkeren Förderung exzellenter Forschung unterstützt werden. Mittel für Forschung sollen verstetigt werden, wodurch auch der Transfer der Ergebnisse in Gesellschaft und Wirtschaft verbessert werden soll. Zusätzlich sollen mehr Anreize für den Wissenschaftstransfer geschaffen werden.

DIE LINKE

DIE LINKE hat das Promotionsrecht an HAWs begrüßt und ist offen für weitere Verbesserungen der Innovationskraft. Hierfür möchte die Linke auch gerne die Ideen des vhw kennen lernen, da es ja nicht nur um Ressourcenfragen geht. Wichtig ist, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau verhindert werden und Innovation nicht auf einer Projektmittelabhängigkeit basiert. Hochschulen müssen ausreichend und verlässlich grundfinanziert werden.

Frage 5 Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

CDU

Neben den Ausführungen zu den Fragen 2 bis 4 sind die dringlichsten Aufgaben: 1) Hochschulpakt: Fortschreibung für eine auskömmliche Finanzierung, Hochschulautonomie sowie Freiheit von Forschung und Lehre. 2) Stärke-Pakt: Stärkung der Vernetzung der Hochschulen mit der Gesellschaft. 3.) Fachkräfteoffensive zur Gewinnung hochqualifizierten Personals für Forschung und Lehre.

DIE GRÜNEN

Die Bildungsbiografien junger Menschen haben durch die Pandemie Brüche erlitten. Eines der ersten Projekte ist ein Pakt gegen Bildungssackgassen (Angebote stärken, Wechsel als Chance begreifen, Orientierung für vielfältige Karrierewege geben) mit Land, Hochschulen, Kammern und der Agentur für Arbeit. Schnellstmöglich soll der neue Hochschulpakt ausgehandelt werden. Die Profilierung der Hochschulen soll unterstützt und die Sockelfinanzierung um 4 Prozent jährlich gesteigert werden.

SPD

Die SPD wird die hessische Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung verbessern. Die unterschiedlichen tatsächlichen Kosten pro Studienplatz sollen wieder berücksichtigt werden. Dem gestiegenen Preisniveau wird mit einem Sofortprogramm für Hochschulen begegnet. Für die „third mission“ wird es eine eigenständige Finanzierung geben und es werden mehr Dauerstellen eingeführt.

AfD

Um den Wissenschaftsstandort Hessen zu sichern, wird zuerst eine Evaluation von Pseudowissenschaften wie Postcolonial Studies, Critical Whiteness Studies, Queer Studies und Gender Studies erfolgen. Zukunftsfähig und förderungswürdig kann nur sein, was den Standort voranbringt. Als nächstes müssen die finanziellen Mittel deutlich gesteigert werden, um den Grundstein zu legen, damit Hessen endlich eine Exzellenzuniversität erhält. Zudem werden für Nicht-EU-Ausländer Studiengebühren eingeführt. Die Einnahmen werden vollständig in die hessischen Universitäten investiert.

FDP

Die wichtigste Aufgabe wird die Vereinbarung des nächsten Hochschulpaktes sein. Die Hochschulen sollen eine verlässliche Grundfinanzierung erhalten, aber auch mehr Möglichkeiten bekommen, ihre Stärke und ihr Profil zu bilden. In den Hochschulpakt müssen stärkere Krisenmechanismen ein- und Bürokratie abgebaut werden.

DIE LINKE

DIE LINKE wird die Hochschulen ausreichend grundfinanzieren, der Drittmittelabhängigkeit entgegenwirken und den Mittelbau stärken. Besonders an Kunsthochschulen sollen die Lehrbeauftragten die Möglichkeit einer unbefristeten Dauerbeschäftigung erhalten. Es wird eine „Kompetenzstelle Zivilklausel“ eingerichtet, die Hochschulen bei der Selbstverpflichtung zu friedlicher Forschung und Vermeidung von Dual-Use-Projekten unterstützt. Weitere Schließungen oder Teilschließungen, Preissteigerungen in Mensen und Wohnheimen oder die Einschränkung von öffentlichen Bereichen aufgrund von Energiesparmaßnahmen sollen vermieden werden.

Antworten der Fraktionen (ausführlich)

Reihenfolge nach aktueller
Bedeutung im Hessischen Landtag

CDU

Die Grünen

SPD

AfD

FDP

Die Linke

Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine des Verband Hochschule und Wissenschaft Hessen

Einleitende Bemerkung:

Unsere Beantwortung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung über das Programm zur Landtagswahl durch den Landesparteitag der CDU Hessen, die erst nach Ablauf der für die Beantwortung gesetzten Frist erfolgen wird. Die Beantwortung stellt mithin die allgemeine Positionierung der CDU Hessen dar und bezieht sich nicht auf etwaige Positionen für den Landtagswahlkampf.

Frage 1 Besoldung

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Wir stehen für eine leistungsgerechte und verfassungskonforme Beamtenbesoldung und eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst.

Aufgrund der neuen Rechtsprechung des BVerfG, die die verfassungsrechtlichen Maßstäbe zur Bemessung der Besoldung im Mai 2020 deutlich verschärfte, entstand für alle Länder und den Bund Anpassungsbedarf. Hessen hat unter Führung der CDU Hessen mit als erstes Land bereits gehandelt. Wir stehen zu unserer Verantwortung für unsere Landesbeamtinnen und –beamten und haben das klare Ziel, schnellstmöglich und rechtssicher zu einer verfassungskonformen Besoldung zu kommen.

Obwohl noch eine maßgebliche Entscheidung des BVerfG aussteht, von der wir uns konkrete Anhaltspunkte zur endgültigen Einordnung der monetären Dimension des Besoldungsdefizits erhoffen, wurde bereits im Sommer 2022

ein erster Schritt hin zur verfassungsmäßigen Besoldung für die rund 104.000 Landesbeamtinnen und -beamte, Professorinnen und Professoren sowie die ca. 85.000 Versorgungsberechtigten gemacht. Durch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 sowie im Jahr 2024 sind zwei wichtige und wesentliche Schritte zur verfassungsgerechten Besoldung in Hessen bereits erfolgreich umgesetzt worden. Mit rund einer halben Milliarde Euro haben wir die Besoldung spürbar erhöht.

Dieser Schritt ist nur der erste von mehreren erforderlichen Schritten. Dies haben wir als CDU Hessen immer deutlich gemacht. Wir setzen uns für die Fortführung des eingeschlagenen Weges für eine amtsangemessene Alimentation ein. Wir werden auf die bisherigen Maßnahmen, welche zu spürbaren Verbesserungen für die Bediensteten geführt haben, weiter aufbauen, bis die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt ist.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Dimension und unserer Verpflichtung zu einer generationengerechten Haushaltspolitik ist es aber offensichtlich, dass Hessen die verfassungsrechtlich gebotenen Verbesserungen für die Bediensteten – trotz der großen Wirtschaftskraft – verantwortungsvoll nur schrittweise schultern kann.

Wie die weiteren konkreten Schritte und der Zeitplan aussehen werden, hängt neben der finalen Rechtsprechung noch von weiteren Faktoren ab, sodass eine finale, detaillierte Beschreibung des Gesetzgebungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt unseriös wäre. Als CDU halten wir es aber für erforderlich, im Haushaltsaufstellungsverfahren für das Jahr 2025 zusätzlich zu der regulären Umsetzung und Übernahme möglicher Tarifsteigerungen für den öffentlichen Dienst weitere signifikante Verbesserungen vorzusehen.

Wir halten es für realistisch und werden darauf drängen, die Besoldungsreparatur in der nächsten Legislaturperiode vollständig abzuschließen.

Frage 1b) Nachzahlungen

Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Ebenso wie die prospektive Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der Beamtentalimentation, erwarten wir von der Entscheidung des BVerfG Klarstellungen und Leitlinien, um auch ein retrospektives Besoldungsdefizit in zeitlicher und finanzieller Hinsicht angehen zu können. Die abschließende Umsetzung dieser Maßstäbe hat für uns eine hohe Priorität.

Der Paradigmenwechsel des BVerfG aus dem Jahr 2020 wird auch Folgen für die Vergangenheit haben. Spätestens nachdem über die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation rechtliche Sicherheit herrscht, werden wir unverzüglich auch haushalterische Initiativen über möglicherweise berechtigte Rückzahlungen oder rückwirkende Zahlungen einbringen. Wie genau diese auszugestalten sind, lässt sich derzeit nicht mit hinreichender Sicherheit sagen.

Für uns steht fest, an dem von der CDU-geführten Landesregierung zugesagten Verzicht auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen weiterhin festzuhalten.

Frage 2 Digitalisierung

Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Ja. Die CDU Hessen setzt sich dafür ein, den von der CDU-geführten Landesregierung eingeschlagenen Weg der partnerschaftlichen Unterstützung der Hochschulen bei der Umsetzung der Digitalisierung weiter voranzutreiben und noch umfangreicher und schneller weiterentwickeln.

Wir setzen bei der konkreten Umsetzung auch weiter auf den von uns als CDU Hessen seinerzeit eingeleiteten erfolgreichen Weg der größtmöglichen

Freiheit, Eigenständigkeit und Autonomie der hessischen Hochschulen. Dazu schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen, so dass die Hochschulen vor Ort im Rahmen ihrer Autonomie den digitalen Wandel gestalten können.

Das Land soll den Hochschulen dabei als Partner zur Seite stehen. Folgende Aspekte betrachten wir dabei als vordringlich:

1. Die Umsetzung und Gestaltung der Digitalisierung in Forschung, Transfer, Lehre und Verwaltung als neue Daueraufgabe der Universitäten braucht aus unserer Sicht eine eigene Abbildung in der Grundfinanzierung.
2. Wir legen aufbauend auf die guten Erfahrungen der Bauprogramme HEUREKA ein zusätzliches Programm „HEUREKA DIGITAL“ auf, das ausschließlich die Stärkung der digitalen Infrastruktur an unseren Hochschulen fördert und deren Innovationsraum langfristig sichern soll.
3. Mit einem neuen und ausgeweiteten „Digitalpakt Hochschule“ werden wir den digitalen Wandel auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre weiter vorantreiben und insbesondere die digitale Infrastruktur an den Hochschulen stärken. Das gilt etwa auch für den Ausbau der Hochleistungsrechnerinfrastruktur. Um die mit der Digitalisierung verbundenen völlig neuen Formen des Lehrens, Lernens und des wissenschaftlichen Arbeitens an unseren Hochschulen umfassend zu ermöglichen, brauchen wir eine optimale Infrastruktur.
4. Wir werden in der anstehenden Legislaturperiode auch die Hochschulverwaltung entbürokratisieren und die Möglichkeiten einer umfassenden Digitalisierung von Prozessen nutzen. Insgesamt soll die Administration der Budgetmittel transparenter und die Systematik vereinfacht werden. Dazu gehören auch die Digitalisierung und Prozessoptimierung von Verwaltungsaufgaben.

Im Rahmen dieser zentralen Ziele planen wir weitere konkrete Maßnahmen in Kooperation zwischen Land und Hochschulen, um Digitalisierungschancen für Hochschulen, Lehrende und Studierende optimal nutzbar zu machen.

So wollen wir ein für alle Hochschulen gemeinsames Hessisches Hochschulportal auf Cloudbasis schaffen. Durch die landesweiten Synergien kann unter anderem eine qualitativ hochwertige Sicherheitsarchitektur geschaffen werden. Die Hochschulen sollen dabei das Portal individuell mit Anwendungen und Funktionen einrichten können.

Im Rahmen dieses Portals prüfen wir die Umsetzung einer gemeinsamen Online-Bibliothek aller hessischen Hochschulen, um einen einheitlichen digitalen Zugang zu ermöglichen.

Wir wollen eine landesweit einheitlichen Studi-App einführen, die allen Studentinnen und Studenten einen digitalen Studierendenausweis bietet. Sie soll Serviceleistungen wie den Zugang zur Bibliothek, Zahlungsfunktionen für die Mensa oder das Semesterticket für Bus und Bahn umfassen. Funktionen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen sollen in die App eingebunden werden.

Insgesamt stehen wir als CDU wie keine andere Partei für eine auskömmliche Finanzierung unserer Hochschulen bei gleichzeitiger Entbürokratisierung der gesamten Hochschulverwaltung und der Wahrung der Autonomie der Hochschulen.

Damit möchten wir unseren Hochschulen die Verlässlichkeit bieten, die mit den Anforderungen und Gegebenheiten Schritt hält, und den Studierenden eine starke Lernumgebung, differenzierte Lernwege und intensive Lernbegleitung.

Frage 3 Freiheit von Lehre und Forschung

Wie steht Ihre Partei dazu?

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist konstitutiver Teil unserer verfassungsmäßigen Ordnung und eine wichtige Grundlage unseres

demokratischen Rechtsstaates. Die ist zudem wesentlich für die Bildung sowie die Innovations- und Zukunftskraft unseres Landes, weil nur in Freiheit der Wissenschaft gesellschaftlicher Fortschritt entsteht.

Die CDU Hessen ist die Partei der Freiheit und Verantwortung. Wir bekennen uns daher umfassend zur verfassungsmäßig verankerten Freiheit von Wissenschaft und Lehre und der Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes.

Das beginnt bei einer auskömmlichen und verlässlichen Finanzierung unserer Hochschulen und gleichzeitiger Entbürokratisierung der gesamten Hochschulverwaltung. Die Wahrung der Autonomie der Hochschulen bleibt dabei für uns eine herausragende Maxime.

Wir setzen dabei weiter auf den von uns seinerzeit eingeleiteten Weg der Eigenständigkeit der hessischen Hochschulen. Die Fortschreibungen des Hochschulgesetzes der letzten Jahre werden wir vor dieser Zielsetzung auf den Prüfstand stellen und evaluieren, um den hessischen Universitäten und Hochschulen wieder mehr Autonomie zu geben.

Frage 4 Innovationskraft

Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

Hessen soll Spitzenland in Forschung, Forschungsinfrastruktur, Lehre und Transfer bleiben. Innovationen von heute sichern die Arbeitsplätze von morgen und damit unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stärken weiterhin die exzellente universitäre Forschung, sowie den Wissenstransfer in Gesellschaft und Wirtschaft. Universitäre Forschung im Spektrum zwischen Grundlagen und gesellschaftlicher Gestaltung ist die wesentliche Basis für Zukunftsfähigkeit und Resilienz einer Gesellschaft. Nur Spitzenforschung ermöglicht Innovationen.

Der Forschung an Universitäten und Hochschulen geben wir den notwendigen politischen Rückhalt, aber auch Freiräume für Innovationen

und produktive Lösungssuche. Bei der Ausgestaltung des Transfers zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft soll künftig die besondere Bedeutung der Universitäten stärker berücksichtigt und durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden.

Das Land muss als Partner der Hochschulen und privaten Akteure durch gute Rahmenbedingungen zum Ermöglicher von Spitzenforschung werden. Um die Kompetenzen zu bündeln und zielgerichtete Aktivitäten dynamisch zu steigern, entwickeln wir ein eigenes Hessisches Ministerium für Forschung und Technologie.

Als besonders wichtige Aspekte sehen wir hierfür neben den bereits dargestellten Maßnahmen zur Finanzierung und zur Digitalisierung der Hochschulen folgende Maßnahmen:

- 1) Wir wollen die Unterstützung für Forschung und Entwicklung in der gesamten Gesellschaft stärken. Forschung „Made in Hessen“ ist Zukunft „Made in Hessen“. Das gesellschaftliche Bewusstsein für Forschung und Technologie braucht neue Stärke. Dazu entwickeln wir mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft einen gemeinsamen Stärke-Pakt.
- 2) Spitzenforschung braucht Spitzenpersonal. Im Rahmen des Stärke-Paktes werden wir neue Impulse entwickeln, damit Hessen auch künftig attraktiv für Spitzenforschung aus dem In- und Ausland ist. Dies gilt für hochqualifiziertes Personal an den Hochschulen, für Fachkräfte in Forschungseinrichtungen und in der Wirtschaft wie auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs und den Mittelbau.
- 3) Wir begleiten unsere Universitäten weiterhin aktiv mit Blick auf die neue Runde der Exzellenzstrategie. Das Exzellenz-Potenzial ist auch in Hessen unbestritten hoch, und das müssen wir im Verfahren stärker entfalten.
- 4) Dafür wollen wir auf den erfolgreichen und anerkannten LOEWE- Programmen aufbauen. Das Budget des LOEWE-Programms soll evaluiert werden, um das erfolgreiche Programm konzeptionell an

aktuelle Erfordernisse des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen anzupassen. Wir wollen nicht nur weitere LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren ausschreiben, sondern auch anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie den Transfer in die Wirtschaft und Gründungen noch gezielter fördern. Auch zukünftig streben wir eine Verstetigung erfolgreicher LOEWE-Projekte an.

- 5) Wir wollen unsere LOEWE-Schwerpunkte mit außeruniversitären Programmen verzahnen. So profitiert auch die außeruniversitäre Forschung mittelbar erheblich von der Fortführung des erfolgreichen hessischen Forschungsförderungsprogramms LOEWE. In Ergänzung der erfolgreichen Loewe-Programme werden wir künftig auch private Exzellenz-Forschungsmaßnahmen fördern und flankieren. So schaffen wir Exzellenzcluster in öffentlich-privater Partnerschaft. In Zusammenarbeit mit den großen Instituten werden in einem ersten Schritt die bestehenden Cluster gestärkt - von Pharma bis Raumfahrt und von alternativer Energieforschung bis Automotive.
- 6) Dabei werden wir den Fokus noch stärker als bisher auch auf jene Mittel legen, die wir aus den Forschungsprogrammen der Europäischen Union für Hessen verfügbar machen können. Um diese noch stärker für Hessen und unsere Forschungslandschaft zu nutzen, werden wir das Erfolgsprogramm Hessen Horizon evaluieren und bedarfsgerecht weiter ausbauen.
- 7) Für Genehmigungsanträge im Zusammenhang mit Forschungsvorhaben durch Hochschulen oder private Unternehmen wird Hessen keine Gebühren mehr erheben.

Frage 5 Zukunft der Wissenschaft

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Auf die Beantwortung der Fragen 2 bis 4 wird verwiesen.

Dringlichste Aufgaben sind aus unserer Sicht:

- 1) Der Dialog über die Fortschreibung des Hochschulpaktes, der eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung sicherstellt und die Hochschulautonomie sowie die Freiheit von Forschung und Lehre stärkt.
- 2) Die Stärkung der Vernetzung zwischen Hochschulen, außeruniversitären Akteuren und der Zivilgesellschaft in einem Stärke- Pakt, um die Unterstützung für Forschung und Innovation in der Gesellschaft zu verankern und Synergieeffekte zu heben.
- 3) Die Gewinnung von hochqualifiziertem Personal für Forschung und Lehre durch eine umfassende Fachkräfteoffensive optimieren.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

Verband Hochschule und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Prof. Dr. Elke Platz-Waury Gartenstra-
ße 6
69493 Hirschberg

**Landesverband
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33 lan-
desverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 6. April 2023

Antwort auf die Wahlprüfsteine des Verbands Hochschule und Wissenschaft Hessen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst danken wir Ihnen für Ihre Anfrage und für die Möglichkeit, auf Ihre Fragen antworten zu können. Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir GRÜNE in Hessen als basisdemokratische Partei unser Wahlprogramm durch einen Parteitag und über das Votum unserer Mitglieder beschließen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Aus diesem Grund können sich Konkretisierungen ergeben, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Eingang in die Beantwortung Ihrer Fragen finden können.

Dies sind unsere Antworten auf Ihren Wahlprüfstein:

1 a) Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamt/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen. Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Wir streben weiterhin eine schrittweise Anhebung der Besoldung an. Unser besonderes Augenmerk wird dabei auf der Einhaltung des Mindestabstandsgebots liegen. Darauf aufbauend werden wir ein Gesamtkonzept für das Besoldungsgefüge entwickeln, wofür das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber einen breiten Gestaltungsspielraum eingeräumt hat. Unser Ziel ist, eine konsistente

Bankverbindung: Nassauische Sparkasse Wiesbaden IBAN: DE 28 5105 0015 0101 2645 64

www.gruene-hessen.de

Besoldungssystematik zu entwickeln, die nicht mehr die vierköpfige Alleinverdienerfamilie als Bezugsgröße hat.

Wir werden ein entsprechendes Gesetz in den Landtag erarbeiten, sobald innerhalb der von Ihnen angesprochenen möglichen Regierungskoalition eine Einigung über die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen eines an die tatsächlichen Lebensverhältnisse angepassten, konsistenten und gerechten Besoldungssystems erzielt worden ist. Es ist möglich, dass eine solche Einigung erst zustande kommen wird, wenn das Bundesverfassungsgericht über den von Ihnen zitierten Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs entschieden hat.

1 b) Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Das Bundesverfassungsgericht hat über den Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs noch nicht entschieden. Nach einer Entscheidung werden wir selbstverständlich die Entscheidung auswerten und die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Insoweit verweisen wir ergänzend auf unsere Antwort zu Frage 1.a.

2) Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Im Forschungs- und Lehrbetrieb an den Hochschulen sind digitale Anwendungen und Prozesse nicht mehr wegzudenken. Im Zuge der Corona-Pandemie hat der digitale Wandel an den Hochschulen einen weiteren deutlichen Schub bekommen. Wir wollen die Hochschulen weiterhin unterstützen, diesen Schub im Sinne einer Verbesserung von Studium und Lehre zu nutzen. Denn qualitativ hochwertige und barrierefreie Formate zusätzlich zu Präsenzveranstaltungen eröffnen neue Chancen: Mit multimedial aufbereiteten Lerninhalten können individuelle Lernpfade, -geschwindigkeiten und -zeiten ermöglicht werden, die der wachsenden Heterogenität der Studierendenschaft mit ihren unterschiedlichen Bildungsbiografien und Lernvoraussetzungen sowie Bedürfnissen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie, Pflege, beruflicher Tätigkeit und Studium Rechnung tragen helfen. Gleichzeitig haben die Erfahrungen aus der Pandemie gezeigt, dass der direkte Austausch ein wichtiger Bestandteil der Hochschullehre ist und bleiben muss. Bei der Abwägung zwischen Digital- und Präsenzlehre stehen für uns deshalb die Qualität der Lehre und die Bedarfe der Studierenden im Mittelpunkt.

Die didaktische und methodische Weiterentwicklung für New Learning und New Teaching ist eine Aufgabe der Hochschulen, bei der das Land sie unterstützen soll. Mit dem Hessischen Digitalpakt Hochschule 2020-2024 haben wir den Hochschulen bereits ein Volumen von 112 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um die digitale Transformation in den Handlungsfeldern Forschung, Lehre, Verwaltung, IT-Infrastruktur und Governance voranzutreiben. Im Rahmen der Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes haben wir auch den rechtlichen Rahmen der Hochschulen für die

Berücksichtigung digitaler Lehr- und Lernformate sowohl bei der Gestaltung von Studiengängen als auch Prüfungen erweitert.

Für uns ist Digitalisierung kein Projekt, sondern eine Daueraufgabe für die Hochschulen – in der Forschungsverwaltung, Lehre und Administration. Es ist unsere Überzeugung, dass der nächste Hochschulpakt das in seiner Struktur widerspiegeln muss. Gerade im Bereich Digitalisierung brauchen die Hochschulen finanzielle Planungssicherheit, um Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten und Mitarbeitende zu gewinnen. Um die didaktische Weiterentwicklung von Studium und Lehre hochschulübergreifend zu fördern und digitale Angebote hochschulübergreifend nutzbar zu machen, wollen wir zudem den HessenHub ausbauen und als Standard etablieren.

3) Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Die Meinungsfreiheit und die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sind Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens und einer fortschrittlichen Gesellschaft. Sie schützen nicht nur vor Willkür und Fremdherrschaft, sondern sind auch eine wichtige Triebkraft für Innovationen und die Lösungen großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Die Verteidigung beider Grundrechte sehen wir GRÜNEN als eine zentrale Aufgabe an. Die Meinungsfreiheit findet in einer Demokratie einzig dort ihre Schranke, wo die Würde und die Freiheit anderer Menschen verletzt werden.

Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis und verurteilen aufs Schärfste, dass sich Wissenschaftler*innen z.B. aus den Bereichen der Gender- und Klimaforschung oder die sich beispielsweise im Zuge der Corona-Pandemie im Bereich der Wissenschaftskommunikation engagiert haben, vermehrt Anfeindungen und Drohungen von rechts ausgesetzt sahen und sehen. Auch jeder Versuch aus dem politischen Raum, Einfluss auf den Inhalt, das Ziel oder den Ausgang wissenschaftlicher Forschung und Diskussionen zu nehmen, ist für uns inakzeptabel und abzulehnen.

Wissenschaftler*innen muss es möglich sein, ihren Forschungsfragen ungehindert nachgehen zu können und Diskurse und Diskussionen auch öffentlich ohne Angst zu führen. Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass alle Wissenschaftler*innen ihrer Arbeit frei nachgehen können, auch wenn sie zu gesellschaftliche kontroversen Themen forschen. Die Verhinderung von Diskussionen, etwa durch Blockaden von Veranstaltungen, halten wir grundsätzlich nicht für akzeptabel. Im Zweifel bedeutet das auch, dass Veranstaltungen an Hochschulen, die unter Druck geraten, mit polizeilichen Maßnahmen geschützt werden.

Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass es nicht auch Argumente geben kann, bestimmte Personen, die sich bspw. gewissen in der Wissenschaft vorherrschenden Diskursnormen und -tugenden entziehen, nicht als Gäste zu Veranstaltungen an Hochschulen einzuladen (s. hierzu z.B. folgenden Debattenbeitrag: <https://www.zeit.de/2021/07/wissenschaftsfreiheit-universitaet-redefreiheit-rassismus-liberalismus-diskurs>). Im Hochschulkontext reicht es somit unserer Auffassung nach nicht zwangsläufig aus, sich auf die Meinungsfreiheit zu berufen, um seine Meinung in jedem Forum

kundtun zu können. Doch es ist auch klar, dass sich die Hochschulen für die Einladung von Gästen transparente Regeln geben sollten.

Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit bedeutet auch ausdrücklich nicht Diskurs- oder Widerspruchsfreiheit. Gerade Hochschulen sind ein Ort, wo Kritik und Widerspruch ein ganz wichtiger Bestandteil sind. Zugleich agieren Wissenschaftler*innen nicht außerhalb der Gesellschaft und ihrer Diskussionen, sondern sind essenzieller Teil davon. Das bedeutet, dass alle Bürger*innen – und damit ausdrücklich auch Studierende – das Recht haben, Entscheidungen von Hochschulen zu kritisieren oder sich kritisch mit öffentlichen Aussagen einzelner Wissenschaftler*innen in den Medien auseinanderzusetzen. Solche Diskurse, sofern sie friedlich und ausgewogen bleiben, sind für uns ein Ausdruck der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

4) Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

Hessen ist forschungsstark durch Kooperation und Interdisziplinarität, die Breite genauso wie die Exzellenz in der Spitze. Exzellente Forschung findet für uns GRÜNE nicht nur in wenigen vermeintlichen Eliteuniversitäten statt, sondern ist eine Aufgabe, die wir an vielen Hochschulen und Instituten unseres Landes verortet sehen. Deshalb stärken wir sowohl die Grundfinanzierung der Hochschulen als auch die Förderung der Spitzenforschung.

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Hochschulen im Bereich Forschung und Lehre ist eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen. Während die Hessischen Hochschulen vor unserer Regierungsbeteiligung mit stagnierenden Budgets, bzw. sogar mit Kürzungen in der Mittelzuweisung operieren mussten, hat Hessen unter GRÜNER Regierungsbeteiligung eine echte Aufholjagd in der Grundfinanzierung gestartet. Mit dem Rekordvolumen des Hessischen Hochschulpakts 2021 – 2025 von 11,5 Mrd. Euro und einer verlässlich jedes Jahr um vier Prozent wachsenden Sockelfinanzierung haben wir den Hochschulen deswegen echte Gestaltungsspielräume geschaffen.

Um auch der gesteigerten Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWen) für das Wissenschaftssystem, insbesondere im Bereich der anwendungsbezogenen Forschung, finanziell gerecht zu werden, haben wir diesen zudem bereits im letzten Hessischen Hochschulpakt 2016-2020 erstmals eigenständige Mittel für die Forschungsförderung zur Verfügung gestellt und diese im aktuellen Hochschulpakt 2021-2025 nochmals gesteigert. Zudem wird mit dem neuen Hochschulpakt ein wissenschaftlicher Mittelbau zur Stärkung der Forschung und Verbesserung der Betreuungsrelation an den HAWen etabliert. Darüber hinaus haben wir in Hessen 2016 auf GRÜNE Initiative und als erstes Bundesland überhaupt auch ein eigenes Promotionsrecht für forschungsstarke Bereiche der HAWen etabliert, das weit über die Grenzen Hessens hinaus Beachtung findet und im Jahr 2022 erfolgreich evaluiert wurde. All dies stärkt die anwendungsbezogene Forschungstätigkeit der HAWen, eröffnet diesen die Möglichkeit, eigenen

professoralen Nachwuchs auszubilden und begabte Absolvent*innen auch langfristig in anwendungsorientierten Forschungsvorhaben zu halten.

Unsere Anstrengungen im Bereich der Hochschulfinanzierung und im Bereich der Forschungsförderung an HAWen wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode konsequent fortführen (s. auch Antwort auf Frage 5).

Darüber hinaus bekennen wir uns neben einer auskömmlichen Forschungsförderung in der allgemeinen Hochschulfinanzierung zu Instrumenten der besonderen Förderung der Spitzenforschung. Unser erfolgreiches und bundesweit herausragendes Forschungsförderprogramm LOEWE wollen wir fortführen, flexibilisieren und die Entscheidungsverfahren beschleunigen, um die hessischen Hochschulen für Bundeswettbewerbe stärker aufzustellen und weniger auf Zentren zu konzentrieren. Hier haben wir bereits zentrale Änderungen der Förderung in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt und wollen auch in der nächsten Legislaturperiode weiter die Förderinstrumente so anpassen, dass sie die Anforderungen an Forschung unserer Zeit gerecht werden. Auch die kontinuierliche Steigerung der Mittel, die über LOEWE ausgeschüttet werden, werden wir fortführen.

Darüber hinaus sind wir als GRÜNEN der festen Überzeugung, dass Wissenschaft nur gemeinsam erfolgreich sein kann. Wissenschaft hat einen immanenten Auftrag von Verständigung und Dialog. Viele aktuell drängende Forschungsfragen können zudem nur in europäischer und internationaler Zusammenarbeit gelöst werden – das hat nicht zuletzt die Impfstoffentwicklung gegen das SARS-CoV-2-Virus unter Beweis gestellt. Deswegen wollen wir unsere Hochschulen noch stärker für internationale Gastwissenschaftler*innen und internationale Studierende öffnen, europäische Partnerschaften stärken und die Hochschulen im Europäischen Wettbewerb erfolgreich machen. Dafür haben wir mit unserem Anschubfonds HessenHorizon einen wichtigen Schritt getan, in dessen Rahmen bereits vielfältige Maßnahmen, die das Einwerben von Projektförderungen der Europäischen Union unterstützen, gefördert wurden und werden. Zudem konnte der begleitende Strategieprozess den Hochschulen einen wichtigen Anstoß geben, ihre bisherigen Anstrengungen in der EU-Mitteleinwerbung und Internationalisierung zu evaluieren und ihre EU-Forschungskonzepte entlang ihrer Forschungsstärken weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit den hessischen Hochschulen wollen wir auch in Zukunft ihre Internationalisierungsstrategien weiterentwickeln und besonders die internationale Mobilität bei der Konzeptionierung von Studiengängen stärken. Auch die hochschulübergreifende Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands bspw. in Allianzen werden wir fördern und vereinfachen, soweit dies landesrechtlich möglich ist.

5) Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Kernanliegen GRÜNER Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Menschen mit den unterschiedlichsten Bildungsbiographien und Hintergründen optimal entfalten können. Alle klugen und kreativen Köpfe brauchen beste Bedingungen für Studium, Lehre und Forschung an Hessens Hochschulen. Das ist für uns nicht nur eine Frage von Chancengerechtigkeit, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung für Innovation und Fortschritt. Nur wenn wir alle Potenziale in unserer Gesellschaft optimal fördern und nutzen, können wir Antworten auf die drängenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit finden.

Durch die Pandemie haben die Bildungsbiographien junger Menschen Brüche erlitten. Deshalb ist eines der ersten Projekte, das wir angehen wollen, ein Pakt gegen Bildungssackgassen, der Angebote stärkt, die einen Wechsel als Chance begreifen und Orientierung für vielfältige Karrierewege bieten – gemeinsam mit Land, Hochschulen, Kammern und der Agentur für Arbeit.

Für die Hochschulen zentral ist ihre auskömmliche Finanzierung, um starke Forschung und gute Lehre bei fairen Arbeitsbedingungen umsetzen zu können. Auch mit der Aushandlung des kommenden Hochschulpaktes wollen wir deswegen in der kommenden Legislaturperiode im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung schnellstmöglich beginnen. 2020 haben wir mit dem breiten Sockelbudget und konkreten Zielvereinbarungen den Hochschulpakt neu aufgesetzt. Diesen Kurs eines verlässlichen Hochschulpaktes, der die Profilierung der Hochschulen unterstützt und klare Ziele setzt, wollen wir dabei fortsetzen. In turbulenten Zeiten braucht es keine ständigen Systemwechsel, sondern Kontinuität und Verlässlichkeit, bei der Bereitschaft auch dort nachzusteuern, wo es notwendig ist. Ebenfalls fortsetzen wollen wir die jährliche Steigerung der Sockelfinanzierung um 4 Prozent. Man wird sich zudem schnell darüber verständigen müssen, wie mit nicht erwartbaren Kostensteigerungen umgegangen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Bärbel Härtmann Landesgeschäftsführerin

Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

vhw Hessen

Beantwortung der Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2023

1. Besoldung

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Wir als SPD teilen Ihre Einschätzung zu dem im Landtag beschlossenen Gesetzentwurf. Die verfassungswidrige Besoldung wird dadurch nicht beendet. Die schwarzgrüne Landesregierung hat mit den Regelungen zur Beamtenbesoldung jahrelang gegen die Verfassung verstoßen. Es brauchte höchstrichterliche Entscheidungen, um Hessen zum Handeln zu zwingen. Das nun mit den Stimmen der Regierungsfractionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedete Gesetz ignoriert die verfassungswidrige Besoldung der letzten Jahre und berücksichtigt für die kommenden beiden Jahre mit jeweils 3 Prozent die Inflationsentwicklung nicht ausreichend. Betonen möchten wir an dieser Stelle, dass die Landesregierung durch die Besoldungspolitik der letzten Jahre und die verfassungswidrige Alimentierung das Problem selbst geschaffen hat. Zusichern können wir Ihnen aber, dass wir als SPD keine Politik auf dem Rücken der Landesbediensteten machen werden. Finanzielle Notlagen können und dürfen nicht auf diese Art und Weise aufgefangen werden. Dazu werden wir schrittweise die sich aus dem Urteil ergebenden Punkte angehen.

2. Digitalisierung

Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Um die Hochschulen bei der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe für Forschung und Lehre besser zu unterstützen und fit für eine digital geprägte Welt zu machen, wollen wir die Mittel des Digitalpakts aufstocken. Digitale Lehrangebote (E-Learning/Blended Learning) sollen durch verbindliche Standards weiterentwickelt werden.

Moderne Hochschulen müssen Wissen entwickeln und vermitteln, wie etwa KI, Algorithmen oder Datenökonomie funktionieren, welche wissenschaftsethischen sowie Innovationsfelder daraus entstehen und welche Veränderungen dies für die eigenen Berufsfelder bedeutet. Wir wollen unser Augenmerk verstärkt die Vermittlung von digitaler Kompetenz („digital literacy“) richten. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir dafür innovative Ansätze entwickeln, die durch best-practice-Austausch, fachübergreifende Kurse und einen Austausch mit der beruflichen Praxis unterstützt werden. Wir bereits im Landtag gefordert, wollen wir in Hessen ein neues „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ einrichten, um u.a. diese Ansätze konzeptionell und wissenschaftlich zu begleiten. Dies gilt es so schnell wie möglich umzusetzen.

3. Freiheit von Lehre und Forschung

Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Hochschulfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft werden vom Grundgesetz ausdrücklich geschützt und sind in Hessen wie in Deutschland aus Sicht der SPD gewährleistet. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein Grundrecht, das nicht nur gesichert, sondern auch verantwortungsvoll genutzt werden muss. Maßregelungen stehen für uns nicht zur Debatte. Allerdings gehört für uns auch zur Wissenschaftsfreiheit, sich Kritik zu stellen.

Als SPD Hessen teilen wir die Ansicht der Bundesregierung, dass eine offene und pluralistische Debatten- und Streitkultur gerade an den Hochschulen unverzichtbar für eine freie und demokratische Gesellschaft ist. Da der Wissenschaftsbetrieb eng mit Gesellschaft und Politik verflochten ist, stellen auch wir uns die Frage, wie sich eine faire, von wissenschaftlichen Kriterien bestimmte und von gegenseitigem Respekt getragene Auseinandersetzung um das beste Argument gewährleisten lässt. (vgl. dazu: Anne Seibring im Editorial der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Bd. 46/2021)) Missfallen über Positionen von Hochschulprofessoren oder wissenschaftlichem Personal rechtfertigt keine Einschränkungen. Dennoch können Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit zum Schutz anderer Grundrechte und Verfassungsgüter gerechtfertigt sein (sog. „verfassungsimmanente Schranken“), was in wenigen Fällen, etwa beim Tierschutz, der Fall ist.

Wissenschaftsfeindlichkeit oder der Leugnung von Fakten müssen wir entgegentreten und vor allem entgegenwirken. Als SPD wollen wir das Verständnis für das wissenschaftliche Denken in der Gesellschaft stärken und Skeptizismus und Verschwörungsmymen den Boden entziehen. Dazu wollen wir Citizen Science-Projekte, flächendeckende niedrigschwellige Angebote der Wissenschaftsvermittlung und transdisziplinäre Forschung zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltungstendenzen fördern.

4. Innovationskraft

Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

Die SPD will Lehre und Forschung in allen Fächern in ihrer gesamten Breite fördern und inter- und transdisziplinäre Lehre und Forschung und eine Wissenschaft unterstützen, die sich im Sinne einer „third mission“ immer ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im Sinne von Frieden, Nachhaltigkeit, Wohlstand und sozialem Zusammenhalt auf allen Ebenen bewusst ist.

Wir wollen die Schnittstellen zwischen Forschung, praktischer Anwendung, forschenden Unternehmen und innovativen Start-Ups stärken. Wir werden deshalb hessische Forschungsregionen bei der Bewerbung um Förderung durch die zukünftige Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) unterstützen. In Ergänzung dazu werden wir ein hessisches Pendant zum DATI einrichten, das die Bildung regionaler Netzwerke unterstützt. Wir werden analog zu anderen Bundesländern eine Beratungsinfrastruktur für EU-Mittel für hessische Unternehmen etablieren, damit dieses Potenzial für Innovation und Arbeitsplätze besser genutzt wird. Zudem wollen wir eine Vorreiterrolle unserer Hochschulen bei Nachhaltigkeit ermöglichen, die bei klimaneutralem Bau und Sanierung der Gebäude beginnt und sich in Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Lehre und Forschung fortsetzt. Wir werden ein Forschungsprogramm „Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ auflegen. Außerdem wollen wir Zielvereinbarungen „Klimaneutrale Hochschule bis 2030“ mit allen Hochschulen abschließen.

5. Zukunft der Wissenschaft in Hessen

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Die SPD steht für Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Finanzierung. Wir werden dafür sorgen, dass die hessische Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung zukünftig nicht mehr hinter derjenigen von Bund 2025 Länder-finanzierten Instituten zurückbleibt. Auch müssen künftig wieder die unterschiedlichen tatsächlichen Kosten pro Studienplatz berücksichtigt werden. Dem gestiegenen Preisniveau werden wir durch ein Sofortprogramm nach einem Regierungswechsel unmittelbar Rechnung tragen - darauf können die Hochschulen nicht bis zum Ablauf des Hochschulpakts im Jahr 2025 warten. Für Aufgaben im Bereich der „third mission“ werden wir eine eigenständige Finanzierung vorsehen, damit sie nicht zulasten von Forschung und Lehre gehen. Auch werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen, um den Kodex für gute Arbeit auszuweiten, verbindlich auszugestalten und mehr Dauerstellen einzuführen.

1. Besoldung: Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamt/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen.

Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Eine Erhöhung in zwei Schritten um jeweils 3 Prozent ist u. E. nicht ausreichend und nicht nachvollziehbar. Schließlich wurde die zu niedrige Besoldung teilweise schon seit 2013 gezahlt. Zudem hat bereits der Hessische Verwaltungsgerichtshof bestätigt, dass eine rechtmäßige Besoldung in der untersten Besoldungsgruppe mindestens 15 Prozent über der Grundsicherung für Arbeitssuchende liegen muss. Ebenfalls muss ein entsprechend großer und angemessener Abstand zwischen den Besoldungsgruppen eingehalten werden. Daher muss seitens des Landes Hessen rückwirkend ein Ausgleich ab 2013 geleistet und schnellstmöglich umgesetzt werden.

1b.) Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Als Rechtsstaatspartei werden wir uns für die Einhaltung einer verfassungsgemäßen Besoldung einsetzen. Dazu bedarf es einer schnellen, unbürokratischen und rückwirkenden Lösung.

2. Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Bereits seit Jahren beklagen sich Professoren und Dozenten zu Recht über zu viel Bürokratie. Teilweise machen die bürokratischen Abläufe 25 Prozent und mehr der Arbeitszeit aus. Dies geht vor allem zulasten von Forschung und Lehre. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Entlastung der Hochschullehrer durch eine digitale Verwaltung ein. Zudem sollten spezialisierte Hochschulkräfte nicht-wissenschaftliche Tätigkeiten übernehmen. Hierzu bedarf es einer veränderten Organisation an den

Hochschulen. Nur so kann die Qualität von Forschung und Lehre weiter gesteigert und verbessert werden.

Das Vorantreiben der Digitalisierung ist daher ein wichtiger Bestandteil zur Senkung von Bürokratie und Reduzierung derartiger Tätigkeiten für Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Um dies umzusetzen müssen zuerst eine Bestandsaufnahme der Ist-Situation sowie der Bedarfe an den Universitäten und Hochschulen durchgeführt werden. Dies darf aber nicht in einem Prozess münden, der sich über Jahre hinzieht, sondern muss schnell und effektiv erfolgen. Anhand dieser Erhebung können dann für die Universitäten und Hochschulen Strukturen geschaffen werden, die dort auch sinnvoll genutzt und umgesetzt werden können. Als Idealfall streben wir hier noch eine bessere Vernetzung und Kooperation unter den Hochschulen an. Da sich der zeitliche Rahmen zur Umsetzung stark an dem Bedarf ausrichten wird, wollen wir hier keinen festen zeitlichen Rahmen nennen. Unser Ziel muss es aber sein, dass wir die Umsetzung schnellstmöglich beginnen.

3. Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Um erfolgreich zu sein, bedarf es eines freiheitlichen Bildungssystems. Derzeit ist in Deutschland und in Hessen die Wissenschaftsfreiheit bedroht, da die Hochschulangehörigen immer mehr ihrer Eigeninitiative beraubt werden. Die derzeitige links-grüne Bildungspolitik steht der Freiheit von Forschung und Lehre entgegen, da sie primär auf Nützlichkeit und politischer (ideologischer) Vorgaben abhebt. Dies lehnen wir ab.

Daher müssen Hochschulen wieder frei von wissenschaftsfeindlichen Ideologien wie Gender-Mainstreaming oder Cancel Culture werden. Zumal Gender-Studien keine Wissenschaft transportieren, sondern eine politische Ideologie, wobei Sprache zur Neukonstruktion der Gesellschaft Verwendung findet. Auch leisten Studiengänge wie „Gender Studies“ keinen Beitrag für unsere Volkswirtschaft und führen oft sogar zu persönlicher Unzufriedenheit und Frustration junger Menschen.

An einigen hessischen Hochschulen existieren bereits Empfehlungen zur Verwendung von gendergerechter Sprache (TU Darmstadt, Philipps-Universität Marburg). An der Universität Kassel wurden Studenten Punkte in ihren Prüfungsarbeiten abgezogen, weil diese ausschließlich das generische Maskulinum verwendeten. Dies widerspricht der Humboldtschen Universität, welches die Einheit von Forschung und Lehre sowie die Eigenverantwortung der Studenten propagierte. Zudem konterkariert es den Artikel 5 Grundgesetz, welcher die „Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre“ in Einklang zu bringen versucht. Letztlich züchten wir uns mit einer ideologisierten Wissenschaft nur Mittelmäßigkeit heran, anstatt das wir auf das Leistungsprinzip setzen.

Für die AfD müssen Hochschulen ein Ort sein, an dem sich Wissenschaft, Lehre und Forschung im Rahmen des Grundgesetzes wieder frei entfalten können.

4. *Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?*

Internationale Hochschul-Ranglisten zeigen, dass die hessischen Hochschulen weltweit ein Mauerblümchen-Dasein fristen. So befindet sich die TU Darmstadt derzeit auf Rang 275, die Goethe-Universität Frankfurt auf Platz 328, die Justus-Liebig-Universität Gießen auf Rang 490 und die Philipps-Universität Marburg findet sich zwischen 751-800 beim QS World University Ranking wieder. Die Universität Kassel erfährt gar keine Erwähnung. Dass keine hessische Universität in Deutschland zu den Exzellenz-Universitäten gehört, verwundert daher nicht.

Um dies zu ändern, werden wir uns als AfD dafür einsetzen, dass insbesondere Forschungen insbesondere im Bereich MINT und Medizin stärker gefördert werden. Hierfür können und werden wir bei einer Regierungsbeteiligung mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen. Gerade in diesen Fachbereichen war Deutschland früher ein starker Motor für die gesamte Welt. Eine Rückkehr zu diesem Status ist unser erklärtes Ziel.

Um wieder international den Anschluss zu gewinnen, muss daher deutlich mehr in Bildung investiert werden. Denn laut dem aktuellen Bildungsfinanzbericht (hier Bildungsausgaben im Tertiärbereich) sind die Bildungsausgaben in Deutschland zwischen 2012 und 2019 um 0,5 Prozent im Durchschnitt gesunken. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben im OECD- und im EU-Durchschnitt um 1,2 Prozent bzw. 1,8 Prozent gestiegen. Deutschland investiert nur 1,3 Prozent im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt in den Tertiärbereich. Wettbewerber wie Frankreich dagegen 1,5 Prozent, Großbritannien 2,0 Prozent und die USA sogar 2,5 Prozent.

Im Bundesvergleich liegt Hessen bei den laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung mit 7.400 Euro pro Studenten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7.800 Euro. Wir liegen hier auf Rang elf. Selbst das hessische LOEWE-Programm konnte mit Fördergeldern nur eine Handvoll exzellenter Wissenschaftler an die hessischen Universitäten locken, da auch das gutmeinte LOEWE-Programm weiterhin unterfinanziert ist und nur partiell für Exzellenz sorgen konnte. Hier muss sich grundlegend etwas ändern. Ansonsten werden auch weiterhin internationale Spitzenforscher Hessen meiden.

5. *Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?*

Um den Wissenschaftsstandort Hessen zu sichern und zukunftsfähig zu machen, halten wir es für notwendig, dass zuerst eine Evaluation von Pseudowissenschaften wie Postcolonial Studies, Critical Whiteness Studies, Queer Studies und Gender Studies erfolgt. Der Hintergrund hierfür ist ein einfacher: Zukunftsfähig und förderungswürdig kann nur etwas sein, was den Standort voranbringt und nicht auf der Stelle verharren lässt, sich mit nicht Notwendigem befasst oder keinen Nutzen für unsere Gesellschaft hat. Als nächstes müssen – wie unter 4 bereits dargelegt – die finanziellen Mittel deutlich gesteigert werden. Nur mit solchen Maßnahmen wird der erste Grundstein dafür gelegt, dass wir in Hessen endlich eine Exzellenzuniversität erhalten. Damit könnte der Wissenschaftsstandort Hessen dauerhaft und nachhaltig gesichert und in die Zukunft gebracht werden.

Zudem werden wir uns für die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer – wie in Baden-Württemberg – einsetzen. Gerade in Hessen studieren u.a. viele Chinesen, die das erworbene Wissen nach dem Studium mit in ihre Heimat nehmen. Der wirtschaftliche Druck Chinas auf Europa, Deutschland und Hessen darf nicht dadurch verstärkt werden, dass wir in Hessen unsere eigene Konkurrenz ausbilden. Um dem wirksam entgegen wirken zu können, sind die erzielten Einnahmen aus den Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer vollständig in den hessischen Universitäten zu investieren. So können Universitäten Studenten, die nach ihrem Studium in Deutschland bleiben, besser ausbilden und dazu beitragen, unsere Wirtschaftskraft zu erhalten. Dies wäre zudem ein wirksamer Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

1. Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann? &

2. Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

Wir wollen, dass das Land Hessen auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Hierzu gehört, dass die verfassungsmäßige Besoldung für Beamte unverzüglich wiederhergestellt wird. Konkret werden wir uns an den Vorgaben des BVerfG orientieren und insbesondere das Mindestabstandsgebot von 15 % zum Grundsicherungsniveau halten. Zugleich wollen wir problematische weiter anwachsende Asymmetrien zwischen Beamten- und Tarifbereich verhindern. Sowohl Tarifbeschäftigte als auch die Beamtenschaft dürfen nicht einfach von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Wir wollen stattdessen eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente. Auch wollen wir prüfen, ob die Vergütungsstrukturen des öffentlichen Dienstes noch im richtigen Verhältnis zu den Strukturen außerhalb des öffentlichen Dienstes stehen.

Insbesondere sollte auch der höhere Dienst aus unserer Sicht flexibler und finanziell attraktiver werden, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die klügsten Köpfe bestehen und neue Herausforderungen wie im Bereich IT/Digitalisierung meistern zu können.

3. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Die Gestaltung digitaler Lehr- und Lernformate, besserer digitaler Ausstattung und einer digitalen Verwaltung auch in den Hochschulen ist für uns Freie Demokraten wichtig. Wir wollen, dass die Hochschulen bis zur Mitte der kommenden Legislaturperiode gut aufgestellt sind. Dazu gehört die entsprechende Ausstattung von Hörsälen und Seminarräumen, die Verfügbarkeit von Glasfaser- Internet in allen Gebäuden sowie Unterstützung bei der Fortbildung für die Verbesserung digitaler Lehr- und Lernformate. Da wir die digitale Transformation nicht als einmaligen Prozess verstehen, sondern als Daueraufgabe, werden wir eine Taskforce einrichten, die Hochschulen dabei unterstützt, die Potenziale neuer Technologien in die tägliche Arbeit zu integrieren.

4. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?

Hochschulen sind Orte der Freiheit, wir Freien Demokraten treten daher gegen jede Bestrebung ein, durch die Freiheit der Forschung, der Lehre und der Wissenschaft im Allgemeinen eingeschränkt werden sollen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung schließt auch Proteste gegen die Einstellung von Mitgliedern der Hochschulen ein, darf jedoch nicht darin enden, unliebsame Einstellungen zu unterdrücken. Die Grenzen liegen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einerseits und in den Übereinstimmungen zur Forschungsethik. Hier vertrauen wir auf die damit betrauten Institutionen. Um für die Gefahr einer Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit eine höhere Sensibilität zu entwickeln, wollen wir am Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein Wissenschaftsfreiheitszentrum einrichten, das einerseits Empfänger anonymer Meldungen als auch Schlichtungsstelle für freiheitsfeindliche Vorgänge sein soll.

5. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?

Die Forschung der hessischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, aber auch der außeruniversitären Forschungsinstitute sind eine wichtige Ressource. In Gesprächen bemerken wir immer wieder, dass in vielen hochspezialisierten Bereichen die Fachkräfte fehlen, um Forschungsprojekte durchzuführen. Wir versprechen uns daher viel von einer modernen Einwanderungspolitik und wollen Hessen fit machen, um die Fachkräfte empfangen und ihnen perfekte Rahmenbedingungen auch außerhalb der Hochschulen geben zu können. Dazu wollen wir unter anderem die Verwaltungsdigitalisierung weiter beschleunigen, die Voraussetzungen für die Schaffung privaten Wohnraums verbessern und Englisch als zweite Verwaltungssprache implementieren.

Die Hochschulen wollen wir mit einer verlässlicheren Grundfinanzierung und einer noch stärkeren Förderung der exzellenten Förderung unterstützen. Exzellente Forschung ist ein Pullfaktor für exzellente Wissenschaftler. Dies drückt sich auch dadurch aus, dass wir Mittel für Forschung verstetigen. Bürokratische Hürden, verbunden mit langwierigen und regelmäßigen Förderantragsprozessen, behindern den Forschungsprozess. Mangelnder Transfer von Forschungsergebnissen in die Gesellschaft und wirtschaftliche Unternehmungen ist eine Folge dessen. Ergebnisse, auch jene von vermeintlich gescheiterten Projekten, können von großem Nutzen sein. Wir wollen daher mehr Anreize für eine Stärkung des Wissenstransfers schaffen.

6. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?

Die wichtigste Aufgabe im ersten Jahr der kommenden Legislaturperiode wird die Vereinbarung des nächsten Hochschulpakts sein. Damit haben wir große Spielräume, um die Leitlinien hessischer Wissenschaftspolitik für die kommenden fünf Jahre zu gestalten. Wir wollen den Hochschulen einerseits eine verlässlichere Grundfinanzierung geben, ihnen aber auch noch mehr die Möglichkeit geben, ihre Stärken zu betonen und Profile zu bilden. Andererseits sind wir uns bewusst, dass wir in einer krisenprägten Zeit leben. Daher müssen wir in den Hochschulpakt stärkere Krisenmechanismen ein- und Bürokratie abbauen.

Wahlprüfsteine des Verbandes Hochschule und Wissenschaft, Landesverband Hessen (vhw):

1. a) und b)

Besoldung: Für die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten stellt eine verfassungsgemäße Besoldung aktuell die drängendste Aufgabe für die Politik dar. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist (Akz. 1 A 2704/20). Die aktuelle Landesregierung hat hierzu eine Erhöhung der Besoldung in zwei Schritten um jeweils 3% beschlossen. In der hessischen Professor/-innen- und Beamten/-innenschaft rumort es nun zunehmend. Die Maßnahme wird als zeitlich zu spät und vom Umfang her unzureichend angesehen, um eine verfassungsmäßige Besoldung der hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten herzustellen. Wird Ihre Partei die verfassungswidrige Besoldung im Falle einer Regierungsbeteiligung beenden? Wenn Ja, mit welchen Änderungen und bis wann?

Die hessischen Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten wurden jahrelang verfassungswidrig zu niedrig besoldet. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung eine verfassungsgemäße Besoldung für die vergangenen Jahre unbürokratisch über Nachzahlungen herstellen?

2021 hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof festgestellt, dass hessische Landesbeamte nicht angemessen bezahlt werden. In dem Landeshaushalt 2023/24 wird dem nur ungenügend Rechnung getragen, allerdings ist die stufenweise Erhöhung von jeweils 3% pro Jahr zu wenig. Wir haben bereits nach der seinerzeitigen Urteilsbekanntgabe gefordert, dass bei allen hessischen Beamtinnen und Beamten, rückwirkend ab 2013, eine verfassungskonforme Nachzahlung erfolgen muss! Eine verfassungswidrige Rechtslage ist nicht hinnehmbar. Es ist skandalös, dass die schwarz-grüne Landesregierung derart zögerlich ist. Die Besoldung muss sich stets an den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts orientieren. Besoldungsansprüche müssen auch rückwirkend angepasst werden.

Ein mögliches Modell muss sicherstellen, dass auch die unteren Besoldungsgruppen ausreichend von einer Anpassung profitieren. Gerade die unteren Gruppen dürfen nicht mit einem minimalen Erhöhungsbetrag abgespeist werden, während oben große Summen auflaufen.

2. **Digitalisierung: Digitalisierung ist seit mehreren Jahren ein zentrales Thema in der Diskussion um die Modernisierung der Verwaltung. An den hessischen Hochschulen müssen viele Professor/-innen und andere Mitarbeitenden auch**

heute noch viele einfach digitalisierbare Standardprozesse mit erheblichem und unnötigem Einsatz von Arbeitszeit kompensieren, da es an ausreichenden Ressourcen für den digitalen Wandel fehlt. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsbeteiligung einen schnelleren digitalen Wandel an den Hochschulen zu unterstützen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitrahmen?

Die Linke fordert und fördert die Digitalisierung an Schulen und Hochschulen. Die hessischen Hochschulen haben (zwangsläufig) in den letzten Jahren einen enormen Fortschritt hin zu digitaler Lehre und Verwaltung aufzuweisen. Während im Bereich Forschung und Lehre sicherlich kontrovers diskutiert werden kann, wie viel Digitalisierung ein Studium auch aus sozialen Aspekten verträgt, ist die Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben unstrittig und mittlerweile vom Gesetzgeber ja auch vorgesehen.

Warum also sind nicht mittlerweile alle Arbeitsschritte wie Prüfungsanmeldungen usw. digital zu erledigen? Dies liegt vor allem an drei Faktoren: Zeit, Knowhow und finanzielle Ressourcen.

Der Linken Hessen ist bei der Umsetzung vor allem wichtig, dass niemand durch digitalisierte Prozesse mangels digitalem Zugang oder auch mangels Benutzerwissens ausgeschlossen wird. Zudem sollen die Verwaltungen an der Ausarbeitung der Software beteiligt werden bzw. die Nutzerfreundlichkeit muss gegeben sein, denn die Auswertung und Weiterverwertung der digitalen Eingaben soll innerhalb der bestehenden öffentlichen Verwaltungen verbleiben und nicht an private Drittanbieter ausgegliedert werden. Entsprechende finanzielle Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden. Nicht nur für die Entwicklung digitaler Angebote, sondern auch für die Fort- und Weiterbildung des Personals.

Professor*innen und Mitarbeiter*innen müssen für die Forschung und Lehre kostenfreie Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Aber auch Studierende müssen freien Zugang zu digitalen Endgeräten haben, wenn diese im Studium genutzt werden.

- 3. Freiheit von Lehre und Forschung: Verschiedene Vorkommnisse geben Anlass zur Sorge. Das Klima gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Diskurs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird rauer. Sowohl von Studierenden als auch aus der allgemeinen Bevölkerung wird immer wieder gefordert, dass Professor/-innen und wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen gemäßregelt werden sollen, wenn Sie Positionen vertreten, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen missfallen. Wie steht Ihre Partei dazu?**

Die Linke Hessen misst der Freiheit von Forschung und Lehre höchste Priorität zu. Natürlich darf auch diese sich nur in einem legalen und humanen Rahmen bewegen. Nicht duldbar sind rassistische und diskriminierende Meinungsäußerungen, die aber unserer Ansicht nach nicht lediglich unter „missfallende Position“ dargestellt werden dürfen, da dies zur Verharmlosung von Rassismus und Diskriminierung bestimmter Menschengruppen beiträgt.

Für einen kontroversen und offenen Austausch ist die Wissenschaft seit jeher bekannt. Gepaart mit Mut und Zukunftsvisionen entstehen so neue Forschungserkenntnisse und Forschungszweige. Auch Politik lebt vom Meinungsaustausch und der Freiheit der Vertretung verschiedener politischen Positionen. Dies aber geschieht zurecht innerhalb eines demokratischen Verständnisses, zumindest bei demokratischen Parteien.

- 4. Innovationskraft: In den Medien und von verschiedenen Interessenverbänden wird zunehmend häufiger beklagt, dass Deutschland in den letzten Jahren stark an Innovationskraft verloren hat. Die hessischen Professor/-innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften könnten bei veränderten Rahmenbedingungen einen noch größeren Beitrag in der Grundlagen- und der angewandten Forschung leisten und damit die Innovationskraft Hessens und Deutschlands stärken. Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung die Forschung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärker fördern? Wenn ja, mit welchen Veränderungen?**

Die Linke Hessen hat die Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch die Verleihung des Promotionsrechts begrüßt und ist erfreut, wie erfolgreich dieses Modell ist. Natürlich wird auch hier noch nachgebessert, unter anderem, was die Kooperationsmodelle angeht. Im Rahmen der politischen Möglichkeiten sind wir für eine weitere Verbesserung der Innovationskraft natürlich offen. Auch unabhängig von der Landtagswahl würden wir hierzu gerne mehr Ihrer Ideen in Erfahrung bringen, um diese zu stärken, da es sich ja sicherlich nicht nur um eine Frage der Ressourcen handelt.

Bei allen innovativen Ideen jedoch ist uns sehr wichtig, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie wir sie an den meisten Universitäten sehr häufig im Mittelbau vorfinden, zu verhindern. Innovation darf nicht mit einer reinen Projektmittelabhängigkeit einhergehen. Hochschulen müssen ausreichend und verlässlich grundfinanziert werden, so dass Dauerbeschäftigung und ausreichend Zeit für die eigene akademische Weiterqualifikation zum Selbstbild und Selbstverständnis der Hochschulen dazu gehören.

- 5. Zukunft der Wissenschaft in Hessen: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung im ersten Jahr umsetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft in Hessen zu sichern und zu fördern?**

Die Linke Hessen wird die Hochschulen ausreichend und zuverlässig grundfinanzieren, um der Drittmittelabhängigkeit entgegen zu wirken. Eine Stärkung vor allem des Mittelbaus ist für eine zukunftsorientiertes Wissenschafts- und Hochschulpolitik unverzichtbar.

Wir werden einen besonderen Augenmerk auf die Kunsthochschulen richten, um dort Lehrbeauftragten die Möglichkeit einer unbefristeten Dauerbeschäftigung zu geben.

Ebenfalls werden wir eine „Kompetenzstelle Zivilklausel“ im Ministerium für Wissenschaft und Kunst einrichten, die Hochschulen bei der Selbstverpflichtung zu friedlicher Forschung und auch zur Vermeidung von Dual-use-Projekten unterstützt.

Aktuell wird zudem eine der ersten Aufgaben sein, weitere Schließungen oder Teilschließungen, weitere Preissteigerungen in Mensen und Wohnheimen sowie eingeschränkte Zugänge zu bislang öffentlichen Bereichen der Hochschulen aufgrund von Energiesparmaßnahmen und deren Folgen zu vermeiden.